

US-UPDATE 2022



MAG. STEFAN GRÖSSBACHER

WP/StB, CPA,

Associate Partner, Rödl Langford de Kock LLP, Chicago/USA

Seit mehr als einem Monat sind wir Tag für Tag mit den Bildern dieses schrecklichen Angriffs-Kriegs Russlands auf die Ukraine konfrontiert. Der Schock, dass eine solche Entwicklung auf europäischem Boden im einundzwanzigsten Jahrhundert möglich ist, sitzt auch hier in den USA tief. Sämtliche Nachrichtensender berichten so gut wie 24 Stunden am Tag live von den Kriegsschauplätzen, und Militärexperten kommentieren jeden strategischen Zug beider Parteien in Echtzeit.

Die Geschehnisse dominieren nicht nur die Schlagzeilen, sondern auch private und berufliche Konversationen. Nicht nur in Europa wird die Frage diskutiert, wie man sich aus der Abhängigkeit von russischen Energiequellen befreien kann (und wie es überhaupt zu dieser Abhängigkeit kommen konnte!). Dieser Artikel geht auf die zu diesem Zeitpunkt abschätzbaren Folgen des Krieges auf die amerikanische Wirtschaft und die daraus resultierenden politischen Bestrebungen ein, um eine Einschätzung auf bevorstehende Herausforderungen für österreichische Unternehmen auf dem US-Markt treffen zu können.

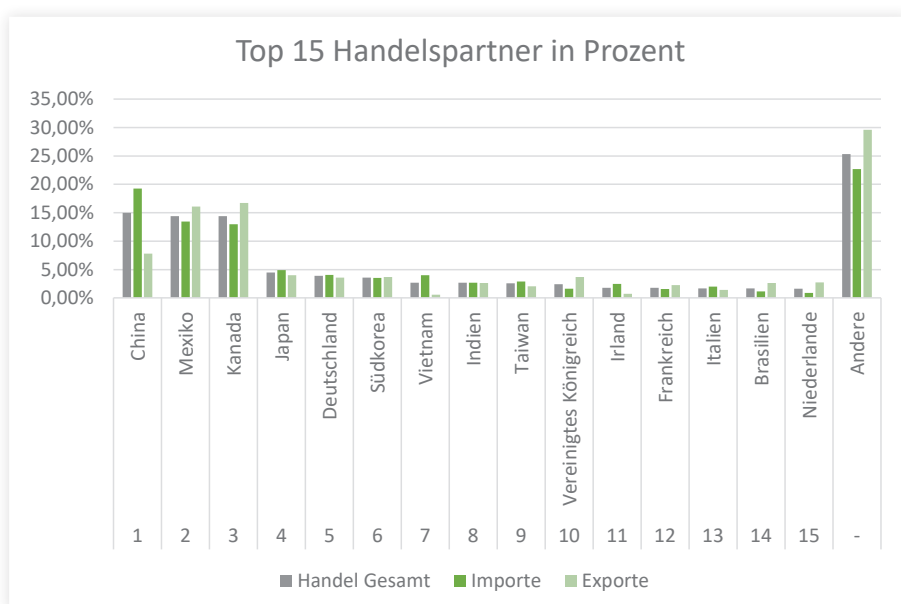
AUSGANGSLAGE

Die Globalisierung hat in den letzten Jahrzehnten zu umfangreichen wirtschaftlichen Abhängigkeiten bei Energie und Rohstoffen geführt. Dazu kommen Lieferketten, die aufgrund ihrer Weitläufigkeit und Komplexität einer sorgfältigen Analyse bedürfen, um mögliche wirtschaftliche Folgen abschätzen zu können.

Der wichtigste und größte Handelspartner der USA, sowohl bei Importen als auch bei Exporten, ist ganz klar und

unangefochten die Europäische Union als ein Wirtschaftsraum. Unter den Top 15 Handelspartnern der USA auf Länderebene ist China die Nummer eins. Allein im Jänner 2022 haben die USA Waren im Wert von 47 Milliarden US-Dollar importiert. Dies entspricht 19,3 Prozent der Gesamtimporte. Gefolgt wird China in der Statistik von Mexiko mit 13,4 Prozent und Kanada mit 13 Prozent. Bei den Exporten liegt Kanada mit 16,7 Prozent auf Nummer eins, gefolgt von Mexiko mit 16,1 Prozent und China mit 7,8 Prozent. Weder Russland noch die Ukraine sind unter den Top 15 Handelspartnern der USA. Die Handelsbilanz der USA ist stark negativ.

Im Jänner 2022 machen Importe etwa das doppelte Volumen der Exporte aus. Die USA sind insgesamt sehr stark von Handelswaren als auch von Rohstoffen anderer Ländern abhängig. Die folgende Statistik zeigt Importe und Exporte in Prozent zum jeweiligen Gesamtvolumen der Top 15 Handelspartner im Jänner 2022¹:



Russland liegt bei den Handelsbeziehungen mit den USA an 26. Stelle. Die Handelsbilanz der USA weist ein signifikantes Defizit auf: Im Jahr 2021 importierten die USA Waren im Wert von 29,7 Milliarden US-Dollar, aber exportierten lediglich Waren im Wert von 6,3 Milliarden US-Dollar². Das Defizit ist in erster Linie auf Rohöl-Importe aus Russland zurückzuführen. Diese machen weit über die Hälfte der Importe aus Russland aus. Des Weiteren importieren die USA Platin, Nickel, Stahl, Eisen und Chemikalien. Russland importiert wiederum Maschinen, Flugzeuge, Autos und medizinische Geräte aus den USA³. Die US-Energiebehörde legt offen, dass die USA etwa 8 Prozent ihrer Rohöl-Importe aus Russland beziehen⁴.

Der Großteil der Importe, etwa 51 Prozent, kommen aus Kanada. Die Gesamtimporte lagen im Jahr 2021 bei 8,47 Millionen Fässer Rohöl pro Tag. Die Gesamtexporte lagen allerdings bei 8,63 Millionen Fässer Rohöl pro Tag. Im Summe haben die USA also einen Handelsbilanzüberschuss im Rohölhandel. Die USA produzieren selbst etwa 18,6 Millionen Fässer Rohöl pro Tag und liegen mit 20 Prozent der weltweiten Produktion an erster Stelle der Ölproduzenten⁵. Weit abgeschlagen mit 10,8 Millionen Fässer pro Tag liegt Saudi-Arabien.

Mit etwa 20,5 Millionen Fässern pro Tag, oder 20 Prozent des weltweiten Verbrauchs, sind die USA auch der weltweit größte Konsument von Öl. Dieses Bild wirft die Frage auf, warum also überhaupt eine Abhängigkeit vom russischen Öl existiert. Die Antwort findet sich im vor etwa einem Jahrhundert beschlossenen „Jones Act“, welcher eine Größenbeschränkung von Frachtschiffen zwischen US-Häfen sowie eine generelle Einschränkung des Wassertransports zwischen US-Häfen vorsieht. Der Großteil der US-Ölproduktion ist auf die Golfküste der Vereinigten Staaten konzentriert.

Da sich der Transport mit kleineren Schiffen zur Ost- und Westküste wirtschaftlich nicht lohnt und nur der Süden der USA durch Pipelines mit der Golfregion verbunden ist, wird ein großer Anteil der eigenen Ölproduktion exportiert und im Gegenzug ein wesentlicher Teil des benötigten Öls importiert. Anders ist nicht zu erklären, warum Russland-Importe 8 Prozent des US-Bedarfs decken. Nichtsdestotrotz werden die USA in der Lage sein, die vor kurzem beschlossenen Sanktionen gegen den Import russischen Öls zu verwirklichen. Sei es durch die Erweiterung der eigenen Produktion oder durch Importe von anderen, nicht sanktionierten Ländern. Anders könnte die Lage allerdings bei der Suche nach Ersatzprodukten im Bereich der Edelmetalle aussehen. Um hierzu eine Einschätzung machen zu können, fehlen allerdings verlässliche Daten.

Die Ukraine liegt im Ranking der wichtigsten US-Handelspartner auf Platz 67. In den Handelsbeziehungen zur Ukraine überwiegen die Exporte, was im Jahr 2019 zu einem Handelsbilanzüberschuss von etwa 1,1 Milliarden US-Dollar führte⁶. Die wichtigste Exportkategorie ist hierbei Rohöl, gefolgt von Autos, Maschinen, Flugzeugen und gefrorenem Fisch und Meeresfrüchten.

Dieses Bild zeigt deutlich, dass die Abhängigkeit der USA von russischen Rohstoffen zwar nicht unwesentlich ist und Anstrengungen unternommen werden müssen, um diese Güter zu substituieren, die wirtschaftlichen Folgen aus diesem Konflikt aber auf den ersten Blick überschaubar scheinen.

Die OECD beschreibt in ihrem Bericht zu den wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Ukraine-Krieges die zu erwarteten Auswirkungen auf die Weltwirtschaft⁷. Aus diesem Bericht geht klar hervor, dass mit beträchtlichen Folgen auf das weltweite Wirtschaftswachstum gerechnet werden muss. Die Auswirkungen hängen in erster Linie vom weiteren Verlauf dieses Konflikts ab und sind aus diesem Grunde schwer vorherzusehen. Klar ist allerdings jetzt schon, dass es zu weiteren wesentlichen Teuerungen bei Energie, Rohstoffen und Nahrungsmitteln (Weizen) kommen wird.

Des Weiteren findet sich in diesem Bericht eine Simulation, welche den Rückgang der Wirtschaftsleistung je Staat bei einer 20-prozentigen Reduktion von russischen Energieimporten berechnet. Laut dieser Simulation wäre eine Reduktion des Outputs der EU-Länder von durchschnittlich einem Prozent die Folge. Die Europäische Union ist, wie oben dargestellt, der wichtigste Handelspartner der USA. Die negativen Auswirkungen auf die Länder der Europäischen Union werden für die US-Wirtschaft zu einem größeren Problem als die direkten Auswirkungen dieses Krieges.

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN: ARBEITSLOSIGKEIT, INFLATION UND ZINSPOLITIK

Im Februar 2022 liegt die Arbeitslosenquote USA-weit bei 3,8 Prozent und ist mit diesem Wert auf dem zweitniedrigsten Stand der letzten 20 Jahre⁸. Der absolute Tiefststand in diesem Zeitraum lag bei 3,5 Prozent im Februar 2020, also kurz bevor die Pandemie Fahrt aufgenommen hat. Diese Entwicklung zeigt deutlich, dass sich der Arbeitsmarkt nach der Pandemie erholt hat. Dieser Wert verdeutlicht auch, was viele Unternehmen bei ihren Bestrebungen, Arbeitskräfte zu finden, bereits seit längerem spüren: Es herrscht eine Knappheit an Arbeitskräften, und zwar sowohl auf Ebene der Fachkräfte als auch auf Ebene der Hilfskräfte. Dies erhöht nicht nur den Preisdruck bei Neuanstellungen, sondern auch beim bestehenden Personalstamm.

Der Preiskampf auf dem Arbeitsmarkt, aber vor allem die steigenden Rohstoffpreise und Probleme in den Lieferketten, die sich während der Pandemie aufgebaut und verfestigt haben, heizen die Inflation weiter an. Der sogenannte „Consumer Price Index“ ist im Februar 2022 erneut um 0,8 Prozent angestiegen⁹ und erhöht die Teuerungsrate der letzten 12 Monate auf 7,9 Prozent. Da in dieser Entwicklung das volle Ausmaß des Ukraine-Krieges noch nicht enthalten ist, ist mit einem weiteren Anstieg der Teuerungsrate im März zu rechnen. Energiepreise, und hier vor allem die Benzinpreise, haben bereits bei den Februarwerten den größten Zuwachs verzeichnet. Die Teuerung für Benzin lag im Februar bei ca. 6,6 Prozent, bei allen Energiequellen gesamt im Durchschnitt bei 3,5 Prozent. Übers Jahr

entspricht das einer Teuerung bei Benzinpreisen von etwa 45 Prozent und bei den Energiepreisen gesamt von etwa 27 Prozent. Die Preise von Gebrauchtfahrzeugen sind aufgrund der Lieferkettenprobleme in den letzten 12 Monaten um etwa 40 Prozent angestiegen.

Um der Teuerung entgegenzuwirken und um mittelfristig die Teuerungsrate auf einen Wert unter 2 Prozent zu begrenzen, hat die Federal Reserve mit einer schrittweisen Anhebung des Leitzinssatzes begonnen. Dieser wurde im März in einem ersten Schritt von 0,25 Prozent auf 0,5 Prozent angehoben¹⁰. Diese Anhebung ist die erste seit 2018. Die Federal Reserve plant den Leitzinssatz in mehreren Schritten auf 1,9 Prozent bis zum Jahresende 2022 anzuheben. Danach werden weitere Zinssteigerungen auf 2,8 Prozent im Jahr 2023 prognostiziert.

GESAMTWIRTSCHAFTLICHER AUSBLICK

Vladimir Putins Ukraine-Invasion hat die Erwartungshaltung an das Wirtschaftswachstum aufgrund der oben genannten Gründen gebremst. Die Analysten von Goldman Sachs haben ihre Wachstumserwartungen für das Bruttonationalprodukts von 5,7 Prozent vor Kriegsbeginn auf 1,7 Prozent nach einem Monat Krieg reduziert. Für viele Experten kommen oben erwähnte Zinssteigerungen zur Gegensteuerung der Inflation viel zu spät und adressieren die zugrunde liegenden Auslöser nur unzureichend, da der Grund für die Teuerung in erster Linie auf Rohstoffpreise und Lieferkettenprobleme zurückzuführen ist. Zinssteigerungen lösen diese Probleme nicht, sondern dämpfen nur die Nachfrage, da Geld teurer wird.

Dies könnte zu anhaltenden Preissteigerungen, gepaart mit einer Reduktion der Nachfrage und letztendlich zu einer Stagflation führen. Dass diese Situation eintritt gilt allerdings als wenig wahrscheinlich. Allerdings schätzen Experten dieses Risiko für den europäischen Wirtschaftsraum als durchaus gegeben ein¹¹.

Generell ist bereits seit einigen Jahren ein Trend zur Selbstversorgung und der Rückverlagerungen von Produktionen aus dem Ausland zu erkennen. Diese Entwicklung wurde durch die Covid-Krise und nun durch den Krieg in der Ukraine verstärkt. Steuerliche Anreize, wie etwa 100-prozentige Sofortabschreibungen für zahlreiche neuangeschaffte Wirtschaftsgüter wurden bereits in der Trump-Ära durch den Tax Cuts and Jobs Act geschaffen. Mit der „Foreign-Derived Intangible Income Deduction (FDII)“ können US-Kapitalgesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen 37,5 Prozent bestimmter Exporteinkünfte steuerlich in Abzug bringen.

Dies kann den effektiven Steuersatz der Bundessteuer auf bis zu 13,125 Prozent reduzieren. Begünstigt sind in diesem Modell unter anderem Verkäufe von Wirtschaftsgütern in das Ausland zum Gebrauch im Ausland, die Lizenzierung von IP-Rechten in das Ausland zur Nutzung im Ausland oder Erbringen von Dienstleistungen an Leistungsempfänger im Ausland. Transaktionen mit nahestehenden Personen/Gesellschaften werden

anerkannt, wenn der Liefer- bzw. Leistungsgegenstand im Ausland von einer unabhängigen dritten Person/Gesellschaft verwendet wird.

Zu sehen ist diese Entwicklung ganz klar durch Investitionen vieler Unternehmen in die US-Produktion. So will etwa Intel in den nächsten 5 Jahren bis zu 100 Milliarden US-Dollar in ein Werk in Ohio zur Herstellung von Mikrochips investieren, um die Abhängigkeit von Importen zu reduzieren. „Made in America“ hat auch gesellschaftlich wieder stark an Bedeutung gewonnen und, die Abhängigkeit von China wird von Politikern beider Parteien stark kritisiert. Auch bei öffentlichen Ausschreibungen wird vermehrt auf heimische Produktion gesetzt. Darüber hinaus wird das 1 Billionen US-Dollar schwere Infrastrukturpaket für Momentum in der US-Wirtschaft sorgen.

WÜRDIGUNG

Experten gehen überwiegend davon aus, dass sich die US-Wirtschaft weiterhin auf einem Wachstumskurs befindet und weiter an Fahrt aufnehmen wird, da Lieferkettenprobleme zunehmend bewältigt werden können und vermehrt auf heimische Produktion gesetzt wird. Trotz der oben erwähnten skeptischen Stimmen gehen die meisten Experten von einer baldigen Reduktion der Inflation aus. Der starke Anstieg der Energiepreise kann mittelfristig durch Änderungen in der Lieferantensstruktur und durch Ankurbelung der eigenen Produktion abgefedert werden.

In Summe sind die USA weitaus weniger von ausländischen Energielieferungen abhängig als Europa und arbeiten mit Hochdruck an mehr gesamtwirtschaftlicher Unabhängigkeit. Im Großen und Ganzen sind die USA ein sicherer Standort mit hohem Potenzial und gesichertem Wirtschaftswachstum. Dies spiegelt auch der Anstieg von Ansiedelungen österreichischer Unternehmen in den letzten 12 Monaten wider. ■

- 1 Siehe <https://www.census.gov/foreign-trade/statistics/highlights/toppartners.html>
- 2 Siehe <https://www.census.gov/foreign-trade/balance/c4621.html>
- 3 Siehe <https://ustr.gov/countries-regions/europe-middle-east/russia-and-eurasia/russia>
- 4 Siehe <https://www.eia.gov/tools/faqs/faq.php?id=727&t=6>
- 5 Siehe <https://www.eia.gov/tools/faqs/faq.php?id=709&t=6>
- 6 Siehe <https://ustr.gov/countries-regions/europe-middle-east/russia-and-eurasia/ukraine>
- 7 Siehe <https://www.oecd.org/economy/Interim-economic-outlook-report-march-2022.pdf>
- 8 Siehe <https://www.bls.gov/charts/employment-situation/civilian-unemployment-rate.htm>
- 9 Siehe <https://www.bls.gov/news.release/pdf/cpi.pdf>
- 10 Siehe <https://www.federalreserve.gov/newsevents/pressreleases/monetary20220316a.htm>
- 11 Siehe <https://www.goldmansachs.com/insights/pages/top-of-mind-stagflation-risk.html>